

**Gusenbauer:** Es geht nicht um die Frage: »Europa, Ja oder Nein?«, sondern es geht vor allem darum, dass wir ein anderes Europa wollen. Die Frage ist nicht nur, welche Institutionen was entscheiden, sondern auch, welche Politik wir in Europa haben wollen. Wir brauchen eine sozialdemokratische Wirtschaftspolitik in Europa mit Eingriffen in die vermeintliche nationale Souveränität, damit nicht den Finanzmärkten das Handeln überlassen bleibt und ein sozial und ökologisch nachhaltiges Wirtschaften in Europa möglich wird. Wir brauchen die große Debatte darüber, was ein sozialdemokratisches Europa von einem neoliberalen oder konservativen Europa unterscheidet – und keinen diplomatischen Einheitsbrei.

**NG/FH:** Das Fortschrittsprogramm der SPD, das auf dem Parteitag im Dezember verabschiedet werden soll, proklamiert den Abschied vom rein quantitativen Wachstumsdenken und stellt die Themen Bildungs-

politik, vorbeugender Sozialstaat, ökologische Industriepolitik und alternative Energiepolitik ins Zentrum. Welche Diskussionsergebnisse des Netzwerkes *Next Left* sollten dort noch mit einfließen?

**Gusenbauer:** Ich halte dieses Konzept des Neuen Fortschritts für einen richtigen Ansatzpunkt, weil es versucht, gesellschaftliche Herausforderungen aufzugreifen und aus der Analyse politische Gestaltungsvorschläge zu entwickeln, wie sich die Verhältnisse nach den Vorstellungen der Sozialdemokratie verändern sollten. Die Sozialdemokratie muss aber auch unter der Definition des Neuen Fortschritts als eine Partei der sozialen Gerechtigkeit erkennbar bleiben und darf nicht den Eindruck erwecken, wir wären jetzt eine Allerweltpartei. Denn alle unsere Konkurrenzparteien reden vom Fortschritt und werden versuchen – mit unterschiedlichen Gewichtungen – einen ähnlichen Themenmix hinzubekommen.

*Stefan Reinecke*

## Neuer Fortschritt, toter Gaul

*Die Idee vom »Neuen Fortschritt« als sinnstiftende Erzählung der SPD hat wenig Aussicht auf Erfolg, da sie die gesellschaftliche Stimmung nicht aufnimmt, meint unser Autor.*

Wer das 43-seitige Papier zum Neuen Fortschritt liest, bekommt einen soliden Eindruck, wie die SPD derzeit gesehen werden will. Die SPD besinnt sich, jedenfalls in der Opposition, auf ihren Markenkern soziale Gerechtigkeit und gesellschaftlichen Zusammenhalt. Die SPD möchte die Macht der Finanzmärkte eingrenzen und die Flexibilisierung der Arbeit beschränken. Man hat erkannt, dass es nicht gerecht ist, dass die Löhne real sinken, aber die Einnahmen aus Zinsen und Aktien steigen. Abhilfe sollen höhere Steuern für Besserverdienende



**Stefan Reinecke**

(\* 1959) ist Parlamentskorrespondent bei der *taz* und Autor.

reinecke@taz.de

schaffen, vor allem auf Vermögen, das hierzulande weit weniger besteuert wird als in den USA oder Großbritannien. Von der Bürgerversicherung bis zu den Ideen für

ein durchlässigeres Bildungssystem, vom Mindestlohn bis zu mehr Mitbestimmung in der Wirtschaft durchzieht ein roter Faden dieses Programm. Es gilt die Fliehkräfte zu bändigen, die der globale Kapitalismus entfesselt hat und wenigstens dafür zu sorgen, dass die seit einem Jahrzehnt dramatisch gewachsenen Spaltungen der Gesellschaft nicht noch tiefer werden.

Gleichzeitig gibt sich die SPD Mühe, neben ihrem Kerngeschäft, den sozialen Ausgleich, die Ökologie zu ihrem Recht kommen zu lassen. Das Starren auf das reine Wachstum, die Fixierung auf die kalte Zahl des Bruttosozialproduktes soll zugunsten eines Wohlstandsindex, der zerstörerisches Wachstum (auch Rüstungsindustrie) filtert, überwunden werden. Ökologische Industriepolitik heißt das Label, mit dem die Sozialdemokraten gleichermaßen Distanz zu den Grünen wie zur eigenen Vergangenheit signalisieren wollen.

Der Tonfall des Textes ist moderat. Hier wird kein Reißschwenk gefordert, eher ein sanftes Umsteuern. Gleichwohl wäre dieses Programm, wenn man es ernst nähme, eine brauchbare Basis für ein rot-grünes oder ein rot-rot-grünes Reformbündnis. Dass die FDP für Steuererhöhungen, Bürgerver-

sicherung und Mindestlohn zu haben wäre, ist ja eher nicht zu erwarten.

### **Glaubwürdigkeitslücke schließen, Labels entstauben**

Trotzdem weckt dieses Programm in zweierlei Hinsicht Misstrauen. Meint die SPD es ernst – oder haben wir es mit typischer Oppositionsprosa zu tun, die beim ersten Praxistest über Bord geht? Auf die Gefahr hin, nachtragend zu wirken: Die Forderung, die Finanzmärkte einzuhegen, wäre überzeugender, wenn es kein SPD-Minister gewesen wäre, der hierzulande Hedgefonds zuließ. Die Forderungen nach Mindestlöhnen und einer Reform der Minijobs würden glaubwürdiger klingen, wenn es kein SPD-Minister gewesen wäre, der für die Ausweitung des Niedriglohnsektors verantwortlich war. Einen belastbaren Beweis, dass die Sozialdemokratie aus den Fehlern der Schröder-Ära wirklich gelernt hat, gibt es bisher nicht. In dem Text fehlt jeder zarte Hinweis, dass man die Schäden, die man nun reparieren will, selbst mit angerichtet hat. Auch das würde die Glaubwürdigkeitslücke nicht schließen. Aber es wäre ein Zei-

chen an das skeptische Publikum, dass man verstanden hat, dass dieses Problem sich nicht qua Vergesslichkeit von selbst erledigen wird.

Die zweite Irritation löst der Titel »Neuer Fortschritt« aus. Diese Wortkombination erinnert, wie Erhard Eppler in dieser Zeitschrift feststellte, an die Sprache von Werbetextern. Und zwar von fantasielosen. Das Etikett neu auf einen Ladenhüter zu kleben, hat die Verkaufszahlen noch nirgends nach oben getrieben. Der Versuch der SPD, den Begriff Fortschritt zu besetzen, wird erfolgreich sein – mangels Konkurrenz. In dieser Ruine will sonst niemand wohnen. Aber warum ist mit der Vokabel Fortschritt nichts mehr zu gewinnen. Was ist so verkehrt am Fortschritt? Warum misslingt der Versuch, den Staub von dem Begriff zu blasen?

Wenn Sozialdemokraten diesen Begriff als identitätsstiftende Chiffre bemühen, bewegen sie sich in einem anderen Resonanzraum als Konservative. Im linken Sprachgebrauch haftet an diesem Wort ein Rest von sozialistischer Zukunftsgewissheit und ein noch kleinerer Rest marxistischer Geschichtsteologie. Nein, in diesem Text findet sich keinerlei Rückgriff auf altsozialistische Ideen. Aber dieses, wenn auch leise, historische Echo lässt den Begriff, wenn ihn Sozialdemokraten aufs Schild heben, noch etwas altbackener klingen.

Die SPD ruft 2011 mit der Vokabel »Fortschritt« Erinnerungen an ihre große Zeit auf, die 60er und 70er Jahre, als der Begriff in sozialdemokratischer Hand war. Fortschritt bündelte damals ein zweifaches Versprechen: ökonomische Prosperität durch technischen Fortschritt einerseits und den sozialen Aufstieg der Arbeiterschaft in das Kleinbürgertum andererseits. Politisch war Fortschritt an die Idee gekoppelt, dass man die zentralen gesellschaftlichen Bereiche – Bildung, Energiegewinnung und Wirtschaft – staatlich großformatig planen könne. Man plante generalstabsmäßig Atomkraftwerke, die billige

Energie liefern würden. Und die keynesianische Anti-Krisen-Intervention 1966 hatte gezeigt, dass man mit staatlicher Planung die Maschine in Schwung halten konnte. In gewisser Weise war die Planungseuphorie der 60er und 70er Jahre die technokratisch herunter gedimmte Form alter, sozialistischer Zukunftsgewissheit.

Neuer Fortschritt suggeriert, dass die SPD an diese Zeiten anknüpfen will – ökologischer und reflektierter zwar, aber im Grundsatz doch so. Jedoch taugt Fortschritt, der von den linearen Optimierungskonzepten der fordistischen Ära nicht zu lösen ist, nicht mehr als sinnstiftender Begriff, weil unser Verhältnis dazu zu diffus geworden ist. In den 80er Jahren formierten sich soziale Bewegungen, die allen Großtechnologien misstrauten. Der Fortschrittsbegriff war angesichts der Zerstörung von Tschernobyl und der *Star Wars*-Hybris in Misskredit geraten. Diese massive Technikskepsis hat sich in den letzten 20 Jahren abgeschliffen. Die Apokalypse-Ängste sind verfliegen, und die Alternativen, einst Kerntruppe der Fortschrittsseptiker, haben sich längst von allen rousseauschen Idealen verabschiedet und investieren heutzutage in Öko-Fonds. Das Versickern der Technikskepsis hatte mit dem Ende des Kalten Krieges und dem Verschwinden der atomaren Drohung zu tun – und dem digitalen Zeitalter. Es ist eine alltägliche, kollektive Erfahrung, dass Computer von Jahr zu Jahr kleiner, besser, billiger werden. Auch deshalb ist von der apokalyptisch aufgeladenen Fortschrittsfeindlichkeit der 80er Jahre nichts übrig geblieben. Heute regiert eher das pragmatische Bewusstsein, dass Risikotechniken durch andere, berechenbarere Technologien ersetzt werden können. Doch zu einer Renaissance eines Fortschrittsbegriffs, wie es ihn im Bürgertum des 19. Jahrhunderts oder in der Sozialdemokratie der 60er Jahre gab, hat das keineswegs geführt. Man braucht und will technischen Fortschritt – aber ein Ideengebäude möchte man darauf lieber nicht gründen.

Das Bewusstsein, dass Fortschritt hohe Kosten haben kann, ist längst in der Mitte der Gesellschaft angekommen. Fortschritt war als Konzept seit dem 19. Jahrhundert oft mit hochaggressiven Homogenitätsideen verknüpft. Sozialdarwinismus und Rassismus waren Geschwister des westlichen Fortschrittsglaubens im 19. Jahrhundert. Der Sinn des Fortschritts, schrieb der deutsche Philosoph Eduard von Hartmann 1899, sei, den Kampf zwischen den Rassen so zu verschärfen, dass die Kultursteigerung durch Vernichtung der minder Angepassten beschleunigt wird. Auf solche Obertöne, die in dem Wort »Fortschritt« nachhallen, reagiert die heutige individualisierte, in mannigfache Milieus und Lebensstile aufgespaltene Gesellschaft offenbar empfindlicher als vor 50 Jahren.

### Eine kühne Idee

Es ist bemerkenswert, wie blind die Autoren des Neuen-Fortschritt-Textes für diese Verschiebungen sind. Es herrsche, heißt es leicht gereizt am Anfang des Textes, zu-

nehmend eine pauschale Fortschrittskritik, die sich inzwischen mehr kultur- und zivilisationskritischer als sozioökonomischer Argumente bedient. Früher sei es immer um die gerechte und soziale Aneignung der Ergebnisse des wissenschaftlich-technischen Fortschritts gegangen. Doch seit 50 Jahren entwickle sich eine immer stärkere kulturelle Fortschrittskepsis.

So ist es nicht. Technik- und Fortschrittskepsis sind keineswegs stetig gewachsen. Und die Zivilisationskritik für die Ausfransung des Rheinischen Kapitalismus verantwortlich zu machen, ist eine kühne Idee. Die Überhöhung und Geringschätzung des Kulturkritischen, das in die Nähe des Luxurierenden, Überflüssigen gerückt wird, wirkt jedenfalls wenig überzeugend.

Die Grünen reüssieren mit dem Slogan »ökologisch und modern«. Die CDU, deren Programmbedürftigkeit gering ist, begnügt sich mit »Maß und Mitte«. Die SPD setzt mit dem »Neuen Fortschritt« auf einen toten Gaul. Diese Losung nimmt keine gesellschaftliche Stimmung auf. Sie spiegelt die Verunsicherung der SPD, welche Erzählung sie dem Publikum anbieten will.

Sascha Vogt

## Fortschritt und soziale Gerechtigkeit

*Bei aller Debatte um einen »Neuen Fortschritt« sollte die SPD ihrem Markenkern treu bleiben, der da heißt: Soziale Gerechtigkeit. Nur wenn diese am Ende allen Fortschritts steht, wird die Sozialdemokratie für potenzielle Wählerinnen und Wähler wieder unverwechselbar und könnte die eigenen Mitglieder wieder begeistern, sagt der Bundesvorsitzende der Jusos.*

### Sascha Vogt

(\* 1980) ist seit 2010 Juso-Bundesvorsitzender. Als Referent arbeitet er bei der Hans-Böckler-Stiftung. Während seines Studiums der Politikwissenschaft, Kommunikationswissenschaft und Angewandte Kulturwissenschaften war er unter anderem im AStA der Universität Münster und im Bundesvorstand der Juso-Hochschulgruppen. [sascha.vogt@spd.de](mailto:sascha.vogt@spd.de)



Mark Wilkendorf

Anfang des Jahres hat die Parteispitze der SPD mit einem programmatischen Aufschlag den Begriff des Fortschritts als neues politisches Leitmotiv in die Debatte gebracht. Und auch wenn inzwischen reichlich unklar ist, ob und wie es mit der Debatte weitergehen soll, steht fest: Die SPD braucht in Zeiten, in denen das program-